

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Bremen, 11.06.14

Detlef von Lührte

Tel.: 4826

V o r l a g e Nr. G 129/18

für die Sitzung der städtischen Deputation für Bildung am 23. Juni 2014

Bisherige Unterstützungsmaßnahmen für Schulen mit Akzeptanzproblemen

A. Problem

Der Deputation soll ein Bericht über die bisherigen unterstützenden Maßnahmen für Schulen, die im Aufnahmeverfahren wiederholt wenig angewählt wurden, gegeben werden.

B. Lösung

Vorbemerkung

Seit der Entscheidung über die freie Anwählbarkeit der Schulen im Lande Bremen gibt es bei der Anwahl der Schulen im Übergang vier nach fünf zum Teil deutliche Unterschiede zwischen bevorzugten Schulen und anderen, die unter Akzeptanzproblemen leiden.

Dabei gibt es (jedenfalls seit der Schulreform 2009) weniger Unterschiede zwischen den Schularten als zwischen einzelnen Schulen und zwischen den Stadtteilen. Einige werden deutlich über- andere deutlich geringer angewählt. Bei den folgenden Ausführungen stehen die Schulen, die nicht nur nach dem Erstwunsch der Erziehungsberechtigten sondern auch nach Zweit- und Drittwunsch wiederholt stabil unterfrequent angewählt werden, im Blickpunkt. Ausdrücklich nicht einbezogen sind Schulen, die nach Zweit- und Drittwunsch über eine stabile Basis verfügen, weil die Erziehungsberechtigten sie offenkundig nicht meiden sondern eher nachprioritär akzeptieren.

Zu berücksichtigen ist ferner, dass mit der Schulreform 2009 auch die Erwartung verbunden war und ist, dass es durch die Konzentration auf zwei Schularten nach der Grundschule zu einer insgesamt gleichmäßigeren Auslastung der Schulen kommen wird. Diesen Prozess der Umorganisation der nichtgymnasialen Schulen zu Oberschulen begannen (!) die letzten Schulen erst mit dem Schuljahr 2011/12; werden ihn also erst im Schuljahr 2016/17 abschließen. Eine endgültige Bewertung der Wirkung dieser Schulstrukturreform auch auf das Anwahlverhalten ist daher noch nicht möglich.

Obwohl einige Schulen (mindestens temporär) die mangelnde Akzeptanz überwinden können, sind andere bereits länger andauernd wenig akzeptiert.

Dies hat nicht immer rational erklärbare Gründe, die etwas mit der Unterrichts- oder Schulqualität zu tun haben, sondern ist häufig auch Folge (wie auch im umgekehrten Fall) eines hartnäckig schlechten Rufs der Schule in der Stadtgesellschaft, der sich dann durch fortgesetztes Meidungsverhalten selbstreferentiell verstärkt.

Umso schwieriger und auf längere Wirkung ausgerichtet sein müssen daher die Strategien einer Umkehr des Rufs.

Für manche Probleme gibt es auch objektive Gründe (bauliche Situation, extrem schwierige Schülerpopulation und starke Konkurrenz im Stadtteil), auf die nur mittelfristig bzw. sogar mit langfristig wirksamen Mitteln der Gesamtpolitik reagiert werden muss.

Bisherige Aktivitäten

Das Programm „Schule macht sich stark“ (SMS) wurde auf Empfehlung des Runden Tisches Bildung im August 2004 initiiert und lief bis 2009. Der Runde Tisch Bildung verband damit das Ziel, die in den PISA-Ergebnissen deutlich gewordene Benachteiligung von Jugendlichen aus bildungsarmen Elternhäusern, die in sozial benachteiligten Stadtteilen zur Schule gehen, abzumildern und insgesamt zu einer Erhöhung der Leistungen dieser Jugendlichen beizutragen. An diesem Programm, das sich in einem inneren und einem äußeren Kreis elf Schulen systematisch annahm, waren zum Teil bereits einige der o.a. Schulen mit Akzeptanzproblemen beteiligt. Während sich die Leistungsergebnisse verbesserten, war das Programm bezogen auf das Anwahlverhalten zu diesen Schulen unterschiedlich erfolgreich. Während manche sich dauerhaft stabilisieren konnten, blieben andere in schwieriger Lage.

Generelle Maßnahmen:

Neben schulindividuellen Lösungen dürften auch abstrakt generelle Regelungen stützende Wirkungen entfalten.

Die Schulreform mit der Konzentration auf zwei Schularten und der Möglichkeit in beiden den höchstmöglichen Schulabschluss zu erreichen, soll dazu beitragen, in Schulen bessere Mischungen von leistungstarken und anderen Schülerinnen und Schülern zu erreichen. Die Reduzierung der Klassengrößen in Oberschulen durch die Schulreform wie die Ressourcensteuerung über Sozialstrukturindizes sind stark systemisch unterstützende Maßnahmen.

Schulindividuelle Maßnahmen:

Im Einzelnen gab es an unterschiedlichen Schulen folgende weitere schulindividuelle Maßnahmen:

- Als gravierendste muss die Schulneugründung (Auflösung der alten, Neugründung, neue Namensgebung, Neukonzeptionierung einschließlich Personalaustauschs) einer Schule gelten.
- Einzelne Schulen wurden zur Implementierung besonderer Profile und Kooperationen mit externen Partnern angeregt bzw. dabei unterstützt:
 - Kooperationen mit umliegenden Grundschulen, Berufsschulen, Hochschulen und Betrieben.
 - Musik-, Sport-, MINT-, Hochbegabungs-Profile.
 - Dafür wurden z.T. auch unterfrequente Kurse beibehalten.
 - Es wurde an der Verbesserung der Schulkultur (Schülercouts, Streitschlichter, Schulleitungscoaching) gearbeitet.
- Es gab Unterstützungen durch außerschulische Kooperationspartner (z.B. der Agentur Ganztägig Lernen, Stiftungen).
- Besondere unterstützende Projekte wurden (und werden) bevorzugt in diesen Schulen gefördert.
- Es wurden externe Berater und Schulpartnerschaften mit außerbremischen Schulen in vergleichbarer Lage (besonders zu den Themen Schulentwicklung und Differenzierung, manchmal auch zur Teambildung) zur Verfügung gestellt bzw. vermittelt.
- Die Personalauswahl wurde gezielt unterstützt und dabei soweit möglich auf positive Erfahrungen in vergleichbaren Schulen gesetzt.
- Es wurden runde Tische (besonders im Hinblick auf den Stadtteil und die Elternschaft) initiiert.
- Es wurde besonderer Wert auf die bauliche Ausstattung gelegt.

Diese Maßnahmen wurden einzeln aber auch kumulierend eingesetzt.

Fazit

Die Probleme der Schulen und die Gründe für die Situation der Schulen sind sehr individuell, da es aber möglicherweise gleichwohl Gemeinsamkeiten gibt, sollen wie angekündigt durch systematische Befragungen in eindeutig identifizierten Schulen, die nächsten Schritte vorbereitet werden.

C. Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis

In Vertretung

gez.

Gerd-Rüdiger Kück

Staatsrat